



## **Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen**

### **112. Sitzung (öffentlich)**

23. April 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:30 Uhr bis 12:29 Uhr

Vorsitz: Hans-Willi Körfges (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **Vor Eintritt in die Tagesordnung 9**

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 3 auf seine nächste Sitzung zu vertagen.

#### **1 Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung 2018 10**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/12033

Änderungsantrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/13430

Ausschussprotokoll 17/1299 (*Anhörung am 05.02.2021*)

– Wortbeiträge

**2 Gesetz zur Stärkung des Wohnungswesens in Nordrhein-Westfalen  
(Wohnraumstärkungsgesetz – WohnStG) 15**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/12073

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/12305

Ausschussprotokoll 17/1300 (*Anhörung am 05.02.2021*)

– Wortbeiträge

**3 Europäisches Bauhaus-Projekt im nördlichen Ruhrgebiet – Interdiszi-  
plinäres Reallabor für nachhaltige Stadtentwicklungskonzepte 18**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/11654

Schriftliche Anhörung des Ausschusses für  
Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen  
Stellungnahme 17/3494  
Stellungnahme 17/3497  
Stellungnahme 17/3486  
Stellungnahme 17/3499  
Stellungnahme 17/3495  
Stellungnahme 17/3472  
Stellungnahme 17/3498  
Stellungnahme 17/3496  
Stellungnahme 17/3611

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– wird nicht behandelt

**4 Gesetz zur Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW  
und zur Änderung weiterer Gesetze 19**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/11622

Ausschussprotokoll 17/1335 (*Anhörung am 11.03.2021*)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben und seine Befassung mit dem Antrag abzuschließen.

**5 Fortschreibung des Abfallwirtschaftsplans Nordrhein-Westfalen (Teilplan für gefährliche Abfälle) 20**

Unterrichtung  
des Präsidenten des Landtags  
Drucksache 17/11138  
Vorlage 17/3550

Ausschussprotokoll 17/1326 (*Anhörung am 08.03.2021*)

– keine Wortbeiträge

**6 Bericht zur Lebenssituation von Menschen mit Beeinträchtigungen und zum Stand der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Nordrhein-Westfalen (Teilhabebericht NRW) 21**

Vorlage 17/3538

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für  
Arbeit, Gesundheit und Soziales

Stellungnahme 17/3634

Stellungnahme 17/3703

Stellungnahme 17/3722

Stellungnahme 17/3727

Stellungnahme 17/3729

Stellungnahme 17/3737

Stellungnahme 17/3738

Stellungnahme 17/3740

Stellungnahme 17/3741

Stellungnahme 17/3742

Stellungnahme 17/3744

Stellungnahme 17/3749

Stellungnahme 17/3753

– Wortbeiträge

- 7 Gesetz über Zuständigkeiten und zur Umsetzung des vereinheitlichten Energieeinsparrechts für Gebäude (GEG-Umsetzungsgesetz – GEG-UG NRW) 22**
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/12424
- Schriftliche Anhörung des Ausschusses für  
Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen  
Stellungnahme 17/3789  
Stellungnahme 17/3795  
Stellungnahme 17/3797  
Stellungnahme 17/3798  
Stellungnahme 17/3800 (*nachträglich eingegangen*)  
Stellungnahme 17/3809
- Wortbeiträge
- 8 Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) 23**
- Gesetzentwurf  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/13064
- Stellungnahme 17/3804
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen und dazu die kommunalen Spitzenverbände, die politischen Vereinigungen der im Parlament vertretenen Parteien sowie darüber hinaus pro Fraktion einen Sachverständigen zu benennen.
- 9 Städte und Gemeinden in der Pandemie nicht im Regen stehen lassen – Kommunen schnell, planbar und verlässlich durch die Krise helfen 24**
- Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/13061
- keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen und dazu die kommunalen Spitzenverbände sowie darüber hinaus pro Fraktion zwei Sachverständige zu benennen.

**10 Den Traum vom Eigenheim erfüllen. Das Einfamilienhaus hat Zukunft! 25**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/12925

Entschließungsantrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/13185

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen und dazu die Architektenkammer, die IK Bau, die Bauverbände sowie darüber hinaus pro Fraktion zwei Sachverständige zu benennen.

**11 Kommunale IT-Sicherheit sicherstellen – Aufbau eines zentralen Kommunal-CERT 26**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/13081

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich zu beteiligen.

**12 Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages 2021 27**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/12978

– keine Wortbeiträge

- 13 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Seilbahnen in Nordrhein-Westfalen 28**
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/13033
- Stellungnahmen nach § 58 GO werden erwartet
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, den Gesetzentwurf anzunehmen.
- 14 Gesetz zur Neufassung des Klimaschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen 29**
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/12976
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss pflichtig zu beteiligen.
- 15 Klimaanpassungsgesetz Nordrhein-Westfalen (KIAnG) 30**
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/12977
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss pflichtig zu beteiligen.
- 16 Coronavirus und die Auswirkungen auf die Kommunen 31**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

- 17 Abrufstände der Förderprogramme im Schulbereich** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1]*) **37**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5052
- keine Wortbeiträge
- 18 Verschiedenes** **38**
- a) **Ausschusstermine im Jahr 2022** **38**
- b) **Vorratsbeschluss** **38**
- 19 Heimatförderung im Jahr 2020** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2]*) **40**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5042
- Vertrauliche Vorlage 17/165
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, nicht in nichtöffentlicher Sitzung zu tagen.



## 18 Verschiedenes

### a) Ausschusstermine im Jahr 2022

**Vorsitzender Hans-Willi Körfges** teilt mit, da es aus den Fraktionen keine Einwände gegen seine Terminvorschläge gebe, tage der Ausschuss im nächsten Jahr am 21. Januar, am 11. Februar und am 18. März; der 11. April werde als Bedarfstermin vorgehen.

### b) Vorratsbeschluss

**Vorsitzender Hans-Willi Körfges** verweist auf den begrüßenswerten Vorschlag der Fraktionen von CDU und FDP, hinsichtlich der Anhörung von Sachverständigen zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen“ Drucksache 17/13426, der voraussichtlich am 28. April dieses Jahres an den Ausschuss zur Federführung überwiesen werde, einen Vorratsbeschluss zu fassen.

Allerdings halte er die Frist bis zum 7. Mai dieses Jahres für zu kurz, denn § 58 der Geschäftsordnung sehe für die kommunalen Spitzenverbände eine Frist von mindestens vier Wochen vor. Zudem könne er die Sachverständigen auch erst anschreiben, wenn der Gesetzentwurf tatsächlich überwiesen sei. Vor diesem Hintergrund schlage er den 11. Juni dieses Jahres vor, zumal es sich auch um ein sehr komplexes Thema handele.

**Fabian Schrumpf (CDU)** wendet ein, bei § 58 der Geschäftsordnung handele es sich um eine Soll-Regelung. Außerdem beinhalte der Gesetzentwurf keine wesentlichen neuen Tatsachen.

**Johannes Rimmel (GRÜNE)** stellt klar, ein Vorratsbeschluss könne nur einvernehmlich gefasst werden, dem er aber nur bei Einhaltung der Frist zustimme.

**Christian Dahm (SPD)** schließt sich Johannes Rimmel an, zumal er keine Eilbedürftigkeit erkennen könne.

**Fabian Schrumpf (CDU)** meint, dann müsse der Ausschuss eben in einer Sondersitzung nach der plenaren Überweisung beschließen.

**Vorsitzender Hans-Willi Körfges** stimmt Johannes Rimmel zu, ein Vorratsbeschluss könne nur einvernehmlich gefasst werden. Der Regelungsinhalt des Gesetzentwurfs sei für die Kommunen sehr relevant, sodass er es aus Respekt vor den Kommunen nicht für angezeigt halte, dass der Kommunalausschuss des Landtags die Soll-Regelung in § 58 der Geschäftsordnung umgehe. In der vorgeschlagenen Zeit könnten sich

die Gremien der kommunalen Spitzenverbände keinesfalls mit der erbetenen Stellungnahme an den Landtag befassen.

**Johannes Remmel (GRÜNE)** schließt sich dem Vorsitzenden an, der Gesetzentwurf betreffe mit Blick auf laufende Genehmigungsverfahren jede Kommune unterschiedlich, sodass die kommunalen Spitzenverbände in der kurzen Frist wohl kaum die Rückmeldungen ihrer Mitgliedskommunen erhielten.